



# ansätze

ESG-NACHRICHTEN 1+2/2025



## Postkoloniale Theologie

Annäherungen an  
postkoloniale Theologie  
*Stefan Silber*

Die Bibel mit anderen  
Augen sehen  
*Simon Wiesgickl*

Lost Place  
Jerusalem  
*Matthias Freudenberg*

Bibelarbeit zu  
GENESIS 11  
*Christiane Neufang*

# „Ein böses Erwachen vorprogrammiert“

Rezension von Sebastian Dittrich



Thomas Schüller

**Unheilige Allianz: warum sich Staat und Kirche trennen müssen**

München: Hanser, 2023

207 Seiten

ISBN 978-3446277663

22,00 €

Spätestens seit dem Kommentar von Lüdecke und Bier zum römisch-katholischen Kirchenrecht (2012) ist klar, dass gerade auch Kirchenrechtler:innen zur Lektüre der Reformkräfte unbedingt dazu gehören. Ein nüchterner Blick in die Untiefen der verrechtlichten Kirche mag zumindest zur Aufklärung beitragen – und den Blick auf das Wesentliche lenken. Und sie mögen dort Klarheit schaffen, wo manche ausschließlich freundliche Bischöfe sehen wollen, die doch bestimmt ganz anders handeln würden, wenn Rom sie nur ließe.

So sind neben den Werken von Norbert Lüdecke auch die Schriften des Kirchenrechtlers Thomas Schüller durchaus lesenswert. Denn auch hier schreibt kein Dissident oder Spät-Aussteiger, sondern einer, der sich selbst als gläubig bezeichnet und seiner Kirche weiterhin angehören möchte. Nach einer langen Karriere – beginnend als Referent des früheren Limburger Bischofs Kamphaus – verfügt Schüller über intime Einblicke in das Kirchenrechtssystem. Und vermag gerade deshalb, Missstände klar zu erfassen. Die Perspektive ist naturgemäß eine römisch-katholische, aber es wird doch an vielen Stellen über den Tellerrand auch hinüber zu den evangelischen Kirchen geschaut.

Worum also geht es im vorliegenden Buch? Thomas Schüller verfolgt (kurz gefasst) die These, dass den großen Kirchen trotz ihres erheblichen Bedeutungsverlustes seitens des Staates ein zu großer Spielraum bei der Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten eingeräumt wird. Das zeigt er beispielhaft an der Aufarbeitung sexueller Gewalt und der Diskriminierung im kirchlichen Arbeitsrecht, und diversen Finanz-Skandalen. Dabei spielen vor allem die Einflussmöglichkeiten der Kirchen

als unverzichtbare Träger sozialer Dienste eine Rolle, wie auch die Angst der Politik, dass sie sich aus diesen Feldern irgendwann zurück ziehen. Mit dieser unheiligen (und im Grunde unfreiwilligen) Allianz lässt sich manches erklären: Warum etwa der römisch-katholische Kirche die Aufarbeitung sexueller Gewalt zu lange überlassen wurde – zu Lasten der Betroffenen. Oder mit Verweis auf „innere Angelegenheiten“ schlimmste Diskriminierungen im kirchlichen Arbeitsrecht geduldet wurden.

Gerade mit Blick auf das Arbeitsrecht vermag Schüller aber auch hoffnungsvolle Perspektiven aufzuzeigen: Denn in jüngerer Vergangenheit sei kirchlichen Trägern mehrfach eine „gelbe Karte“ gezeigt worden, vermögen Diskriminierungen dieser Tendenzbetriebe vor deutschen und europäischen Gerichten nicht mehr ohne weiteres bestehen. So sei es auch zu der paradoxen Situation gekommen, dass Grundlegungen zur Akzeptanz homosexueller und Trans-Menschen im synodalen Prozess am Veto der Bischöfe scheiterten, das reformierte kirchliche Arbeitsrecht aber z.T. wortgleich Teile des Antidiskriminierungs-Gesetzes übernimmt – und geradezu ein Loblied auf Diversität anstimmt. Dennoch lassen politische Initiativen zur grundlegenden Reform des kirchlichen Arbeitsrechts auf sich warten: „Ein wenig wirkt es darum wie ein Tiger, der im Koalitionsvertrag laut zum kirchlichen Arbeitsrecht gebrüllt hat, aber nach ein wenig Reformwillen der katholischen Kirche sofort wie eine schnurrende Katze den harmonischen Schulterschluss mit den Kirchen sucht. Also alles wie gehabt“ (75).

Insgesamt mag es also noch dauern, dass die „unheilige Allianz“ völlig aufgekündigt wird. So dürfte das geplante Vorhaben der aktuellen Bundesregierung (März 2025), die Staatsleistungen an die Kirchen abzulösen, eher nicht ins Werk gesetzt werden. Auch eine Reform des Kirchensteuer-Systems sei mittelfristig nicht in Sicht. Dass das alles aber nicht so bleiben kann – das wird nach der Lektüre klar. Und Schüller liefert eine Menge starker inhaltlicher Argumente. Und so wagt er im letzten Absatz das gewichtige Urteil, dass schon 2030 Überalterung der Kirchenmitglieder und Einbrüche in den Kirchensteuereinnahmen dazu führen könnten, das bisher kirchliche Handlungsfelder in der Pflege, Krankenfürsorge und Bildung in Frage gestellt würden. Daher müssten sich Staat und Kirche bald über ihr zukünftiges Miteinander verständigen: „Geschieht das nicht, ist ein böses Erwachen vorprogrammiert“ (193).

Ein Erwachen mögen auch manche Leser:innen nach Ende der ebenso spannenden wie unterhaltsamen Lektüre erleben. Dazu trägt auch der Hang des Autors bei, en masse deutliche, auch polemische bis sarkastische Urteile zu formulieren.

So etwa Anmerkungen zum ehemaligen DBK-Vorsitzenden Robert Zollitsch. Dieser „sanktionierte Priester streng nach den geltenden kirchenrechtlichen Normen, wenn sie mit einer Frau oder einem Mann eine dauerhafte sexuelle Beziehung aufnahmen [...] Missbrauchten Priester Kinder und Jugendliche, führte er mit diesen Priestern mitbrüderlich seelsorgerliche Gespräche und scherte sich einen feuchten Kehrriech um das staatliche und kirchliche Strafrecht“ (97).

In der Flut solch wohlformulierter, zitiertfähiger Sätze mag man einige kleine Macken übersehen: So kann sich Schüller (nicht zum ersten Mal) Seitenhiebe auf den Kirchenkritiker Carsten Frerk und Bücher „gleicher Machart“ nicht verkneifen, deren Zahlen „einer Überprüfung eher selten standhalten“ (Fußnote S. 195). Ohne auch nur einen dieser Titel zu nennen oder argumentativ darauf einzugehen. Dass im Judentum ähnlich missioniert würde wie im Christentum und Islam (14) ist schlicht falsch. Wo Schüller sich aber im Feld seiner Kernkompetenz bewegt, da ist er stabil – und vermag auch trockene juristische Sachverhalte gut zu vermitteln. Lesenswert!

ansätze

**Die Ausgabe 3–5/2025 erscheint im Dezember 2025 zum Thema Frieden.**

Beiträge, die zur Veröffentlichung bestimmt sind, bitte an Uwe-Karsten Plisch senden: [ukp@bundes-esg.de](mailto:ukp@bundes-esg.de).